nntag, 19. März 1933
Mädchen.
stik
änner.
sikalischer Teeabend.
Jungvolkes und Herr
Säge. Eintritt frei.
Bethel.
, davon Kenntnis zu
n vor einiger Zeit in
emacht wurden, ein-
e Bestellungen nun-
der Anstalt Bethel.
und Weltpolitik: Dr.
in Bethel. Zuschriften
eßfach 28. Für Geld-
377, „Aufwärts", Christ-
ernruf 3911/3919, Amt
Anstalt Bethel.
spiz, Oranienstraße 53
. Mäßige Preise.
benden
zückend
eressant
n, preis-
guten
Auswahl
Wäsche-,
ffe bitte
en.
berg
deburg
ergemeine
und Lyzeum
ülerinnenheimen)
prüfung)
Große Gärten und
Kücherer, Direktor.
n!
ler
en.
les
im
nd
stl
ht!

411 Stadt.Bibliothek S 839

Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 68. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 21. März 1933. | 15. Jahrgang.

Und dräut der Winter noch so sehr
Mit trotzigen Gebärden,
Und streut er Eis und Schnee umher,
Es muß doch Frühling werden.

E. Geibel.

Verlorenes Spiel?

Allgemein ist man wohl bei uns der Meinung, daß Japan dank der unsicheren Haltung des Völkerbundes sein Ziel mit der Eroberung der Mandschurei erreicht habe. Daß aber die glänzende Außenseite dieser scheinbaren Eroberung einen sehr dunklen Hintergrund hat, wird durch einen Artikel deutlich, den das britische Blatt „Time and Tide" über die Lage bringt. Es heißt da: „Es ist eine unleugbare Tatsache, daß das japanische Abenteuer schon von Anfang an nicht nach dem „unfehlbaren" Plan der japanischen Imperialisten (der mächtigen Samuraipartei) vorwärts gegangen ist. Selbst wenn jetzt auch noch die Provinz Jehol eingenommen wurde, so bedeutet das tatsächlich nur den endgültigen Beweis dafür, daß die Arbeit der Militärclique Japans völlig wirkungslos geblieben ist. Sie mußten Jehol besetzen, um ihre früheren Fehler zu vertuschen. Nach der militärischen Seite war die Aufgabe leicht genug für einen Secondeleutnant. Darum konnte General Araki ruhig im Kriegsamt zu Tokio sitzen und diese Aufgabe dem väterlichen General Muto überlassen, denn militärischer Ruhm war hier nicht zu erringen.

Der Plan der Kriegspartei schien so einfach. Japan, dem das Rohmaterial fehlt, braucht das große, reiche nördliche asiatische Territorium mit seinem gewaltigen Mineralreichtum, seinen ungeheuren Wäldern, seinen 7 großen Flüssen, die eine weite Ebene von Korn- und Weideland bewässern. So sollte die Mandschurei das Rohmaterial-Reservoir werden, das dann Japan als Fabrikant verarbeiten konnte. Die Stunde schien günstig. Amerika hatte zuviel mit sich selbst zu tun, um an einen gefährlichen auswärtigen Krieg — Tausende von Meilen entfernt — denken zu können. Auch darauf konnte gerechnet werden, daß Groß-Britannien nicht dazu treten würde, schon deshalb, weil die englische Flotte allein die japanische in deren heimatlichen Gewässern nicht zerstören könnte, und weil die britischen Häfen auf dem chinesischen Kontinent leicht von den Japanern besetzt werden könnten. Frankreich und Italien waren zu sehr damit beschäftigt, sich gegenseitig mißtrauisch zu beobachten, um auch nur ein einziges Kriegsschiff gegen die Japaner schicken zu können. So schien nur ein schneller Handstreich nötig, dann würde schon die Welt Mandschukuo als vollendete Tatsache hinnehmen. Die Kriegspartei dachte, man könnte die Unternehmung mit 40 000 Mann und ohne große Schwierigkeiten ausführen. England hat früher in Südafrika einen ähnlichen Fehler (Burenkrieg) begangen. Die japanischen Imperialisten gingen in dieses gewaltige Territorium, das so groß wie Frankreich und Deutschland zusammen, so zuversichtlich hinein, als wären sie schon in einem eroberten Lande. Sie rechneten darauf, sofort die Steuern des Landes einzuziehen. Zu den Sitzen der Kreise (es gibt 130 Kreise [counties] in der Manschurei) gingen die japanischen Steuerbeamten, ein jeder mit einer kleinen Schutztruppe, um die Finanzämter zu übernehmen und den Strom des Einkommens dem Hauptquartier zuzusenden. Aber das Hauptquartier empfing eine schreckliche Ueberraschung. Die chinesischen Beamten der Kreise verschwanden zum Teil, andere kehrten zurück mit dem Bericht, es sei nichts zu machen. Man konnte unmöglich in jeden Kreis Strafexpeditionen schicken und noch weniger eine dauernde Garnison in jedem aufstellen. So hörten die Einnahmen auf. Die Provinz Mukden, welche ungefähr die Hälfte des Vermögens und der Bevölkerung der Mandschurei enthält, hat noch 80 Millionen chinesische Dollar an Tschang Tso-lins Sohn (den gegenwärtigen General) abgegeben. Die Japaner konnten noch nicht den zehnten Teil davon eintreiben. Dazu mußte General Muto gegen Banditenheere kämpfen, die er nur zerstreuen, aber nicht vernichten konnte. Kurzum, Mandschukuo, das so schnell besetzt, organisiert und ausbeutungsfähig gemacht werden sollte, ist vorläufig eine ungeheuere Last, die aus Japan Geld und Männer herauszieht. Die japanesischen Kapitalisten fangen an, sich von dem ganzen Geschäft zurückzuziehen. Sie haben schon 1 Milliarde 200 Millionen Jen in Mandschukuo investiert, erhalten aber keine Dividenden. Sie wollten 40 oder 50 neue große Unternehmungen in der Mandschurei aufrichten, aber diese kommen nicht zustande, denn ohne das chinesische Kleingeschäft sind die Unternehmungen der Großindustrie von so wenig Wert wie eine große Eisenbahnlinie, die durch eine zerstörte Gegend läuft. Schon ist es soweit, daß General Arakis Militärbudget die ganze Einnahme um 100 Millionen Jen übersteigt. Es werden Anleihen ausgegeben, aber allein der Schuldendienst wird, wie der Eisenbahnminister erklärt, binnen 3 Jahren die ganze Einnahme verzehren. Wohl hat Deutschland seinen Krieg auch in derselben Weise finanziert und nachher die Schuld durch die Inflation weggestrichen. Dasselbe kann in Japan auch geschehen. Die Frage ist nur, wie lange Araki überhaupt mit seinem Unternehmen noch vorwärts gehen kann. Auch nach der Besetzung von Jehol wird der Mandschukuostaat beträchtliche Aufwendungen, nur um niedergehalten zu werden, gebrauchen. Diese Nordchinesen sind nicht so biegsam wie die Bewohner von Korea. Und in einem so großen Territorium ist auch die Wirksamkeit der japanischen Bajonette beschränkt. Mr. Ohaschi, das Haupt der japanesischen Bürokratie in Mukden, ein Mann, der sich Amerika zum Muster nimmt, will Mandschukuo zu einem entmilitarisierten Pufferstaat zwischen China, Rußland und Japan machen. Es ist wahrscheinlich, wenn Araki und die Samuraiparteien ihr Ziel verfehlt haben, daß dann die Japanesen auf Grund dieses Ohaschiplans sich zurückziehen werden und diesen Rückzug vor der öffentlichen Meinung vernebeln als einen Dienst, den sie der Zivilisation hätten tun wollen. Dann bekäme also die Mandschurei eine internationale Verwaltung, wobei es unentschieden bleiben könnte, ob inzwischen die Ordnung in China wiederhergestellt wird und der Bürgerkrieg dort aufhört.

W..m.

Londoner Brief.

Großbritannien in Kriegssorgen.

London, den 14. 3. 33.

Es ist wahrscheinlich alles Unsinn und wird noch einige Zeit so bleiben, aber alle Welt ist hier in der größten Sorge, in der Furcht, daß ein neuer Weltkrieg ausbricht, und daß England wieder mit hineingezogen werden könnte, aber das erklärt man für ausgeschlossen. Niemals, so lesen wir täglich in unsern Zeitungen, wird das Britische Reich sich wieder hineinziehen lassen. Man hat in den 18 Jahren, die seit dem letzten Mal vergangen sind, ungefähr eingesehen, was für eine Dummheit man damals gemacht hat, und gibt das gern zu. Niemals wird man so etwas wieder tun! Aber ein neuer Krieg wird immer neues Elend bringen, und unsere ganze westliche Zivilisation ist auf einmal dahin und unwiederöringlich dahin, auch wenn England nicht mitmacht.

MacDonald hat nach Genf gehen müssen, um zu versuchen, die Abrüstungskonferenz zu retten, oder wenigstens etwas davon zu retten. Er wollte eigentlich nicht, aber die Minister, alle Kollegen von der Regierung und die Presse, die Leute drängten. MacDonald hat wohl von vornherein gewußt, daß er in Genf nichts Nennenswertes erreichen würde, und darum wollte er nicht. Schließlich hatte Simon eine lange geheime Unterhaltung mit Boncour am Telephon. In Paris war der Boden vorbereitet, und Lord Tyrrell hielt das Gehen des Premierministers für unaufschiebbar. Es wurde beschlossen, in Paris Halt zu machen und eine Unterredung mit dem französischen Premierminister zu haben. Deladier soll mit Tränen in den Augen aus dieser ersten Unterredung herausgekommen sein. Der Brite sagte dem Franzosen, einen Pakt, welcher das Locarnoabkommen beiseite setzen würde, könne es nicht geben. Die Zustimmung des Parlaments sei unmöglich, selbst wenn die Regierung es wollte. Wenn die Deutschen und die Polen sich wegen Danzig in die Haare kämen, und die Franzosen den Polen helfen müßten oder wollten, so könnte Großbritannien dieses Mal nicht eingreifen, und wenn der Krieg nach dem Westen von Europa übergreifen sollte, dann bestehe der Locarnopakt, der klar genug sei. Außerdem handele es sich nicht um einen neuen Pakt, sondern darum, daß Frankreich sofort abrüsten müßte, sonst würde Deutschland mit vollem Recht aufrüsten, und dann sei der Krieg da. Nicht durch Deutschlands Schuld, sondern durch Frankreichs. Dasselbe sagte MacDonald Boncour noch einmal in Genf. „Ein Meer von Schwierigkeiten!" überschreibt heute der „Manchester Guardian" seinen ersten Leitartikel. Die erste und wichtigste Aufgabe, welchen sich die Minister in Genf gegenüber sähen, sei die Abrüstung. Habe man da irgendetwas erreicht? Die Antwort sei ein klares Nein. Nichts ist in bezug auf die kurz dienenden Dienstpflichtheere erreicht worden. Weder die Linienschiffe noch die Unterseeboote seien beseitigt, doch sei alle Welt über dieselben einig. Mit der Luftwaffe sei man in schlimmere Schwierigkeiten gekommen wie je usw. Der Krieg im Osten konnte nicht verhindert werden. Heute läßt sich ein Londoner Blatt ein Interview mit dem Oberstkommandierenden der japanischen Armee telegraphieren, in welchem dieser sagt, die Japaner würden nicht über die Große Mauer gehen, es sei denn, sie seien durch Umstände gezwungen in Selbstverteidigung. Das glaubt man für den Augenblick und beruhigt sich wenigstens in dieser Beziehung. Die Japaner werden wenigstens das eigentliche China in Ruhe lassen.

Aber, wie sieht es dafür in Europa aus? Von Krieg im Südosten ist schon seit Wochen ohne Unterbrechung die Rede. Südslavien! Rumänien! Tagtäglich glaubt man die Nachricht zu erhalten, das König Karol oder der König von Südslavien oder von Bulgarien ermordet wurden, daß Mussolini sich nicht mehr halten ließ. Und die Nachrichten über Deutschland! In den ersten Tagen, nachdem Hitler Kanzler wurde, war es nicht verhältnismäßig ruhig. Man wollte abwarten und tröstete sich inzwischen mit allerhand lächerlichen Dingen. Der Exkaiser sollte einpacken, um nach Berlin zu fahren. Seine Gemahlin war schon in Berlin und bereitete alle Einzelheiten vor. Hitler habe alles arrangiert, daß keine Schwierigkeiten mehr auftauchen konnten. Dann kamen die Hohenzollern in den Hintergrund, und der Kronprinz Ruprecht sollte erst König von Bayern und dann Kaiser werden! Jetzt sind die Zeitungen voll von anderen „Greueltaten", die Hitler und seine Leute zunächst erledigen möchten. Die Judenverfolgungen. Es erscheinen in den Zeitungen die grauenvollsten Schilderungen von dem, was die Orientalen zu erleiden haben, wenn sie ohne irgendwelchen Grund in die Gefängnisse geworfen und dort halb zum Tode geprügelt werden. Mit eisernen Stangen schlägt man ihnen das Gesicht kaputt. Nach einer Darstellung soll Paris ganz voll von deutschen Juden sein, welche aus dem Westen flüchteten. In Rom, Wien und anderen Städten seien alle Lager voll, und die Zeitungen besprechen, was man tun wird, wenn sie erst hier nach London kommen, wo die Regierung bekanntlich keine Ausländer hereinläßt, um nicht noch mehr Arbeitslose zu haben oder vielmehr Leute, die als bessere Arbeiter den eigenen die paar noch gehende Arbeiten wegnehmen. In Deutschland ist es weit schlimmer als in Rußland und Italien für die, die nicht Anhänger Hitlers sind, schreibt heute der „Manchester Guardian". Das Blatt sagt, der organisierte und offizielle Mord sei überall im Gange. Man könne tun, was man wolle, und wenn die Regierung dahinter käme, dann schiebe man es einfach der sogenannten Hilfspolizei in die Schuhe. Die geheimnisvollen Gebäude in der Friesenstraße und der Friedrichstraße erinnerten an die Moskauer Tscheka und den Rome Pazzo, wo alles beiseite geschafft wurde. Täglich finde man hunderte von Leichen in den Kanälen in Berlin usw. Wie kann man nur verstehen, daß eine große zivilisierte Nation wie die Deutschen solche Greueltaten geschehen ließ. Hitler habe einen verspäteten Versuch gemacht, gewisse Kreise unter seinen Leuten in Rand und Band zu halten, aber würden solche „Kreaturen" jetzt noch auf ihren Führer hören? Die einzige Frage, auf die es jetzt noch ankomme, so sagt der „Manchester Guardian", sei, ob Hitler diese Kreaturen würde in Ordnung halten können oder nicht.

Die Regierung ist vorläufig ruhig geblieben. Sie erklärt den Fragern, die Lage in Deutschland sei sehr bedenklich. Man beobachte sie ganz genau, aber man habe bisher noch nichts gehört oder gefunden, was das Eingreifen der britischen Regierung notwendig oder wünschenswert machen würde. Der Friedensvertrag sei bisher nicht gebrochen worden, denn wenn man in dem Gebiet, welches ohne Militär bleiben sollte, einige Bürgermeister beseitigt und ersetzt hätte, so sei das noch keine Besatzung, solange keine Reichswehr dabei mitwirke. Lloyd George hat gestern vor einer Kirchenversammlung eine große Rede gehalten, in welcher er ebenfalls davon sprach, daß bereits alles auf dem Wege zum nächsten Schlachtfeld sei. Deutschland sei aber vollständig im Recht, wenn es die Erlaubnis zur Aufrüstung verlangte. Alle Verbündeten hätten den Vertrag gebrochen, und Deutschland sei das einzige Land, welches seine Seite gehalten hätte. So weit Lloyd George, dessen Rede einen gewaltigen Eindruck machte. Die Franzosen müssen aber bitter fühlen, daß es mit der Freundschaft so gut wie zu Ende ist. Die Engländer sind willig, Freunde zu bleiben, wenn es ihnen nichts kostet, aber neue Schutzbündnisse — nein!

Das Wählervolk will nunmehr Taten sehen!

Die Wahlschlacht ist vorüber. Die große Wählermasse bekannte sich zu dem neuen Kurs der nationalen Regierung, vor allem aber zu Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus. Gewaltiges haben Hitler und seine Braunhemden geleistet, um einen solchen radikalen Umschwung innerhalb von 14 Jahren herbeizuführen. Die Sozialdemokratie hat sich durch ihre Futterkrippenwirtschaft Bonzokratie und Preisgabe ihrer Grundsätze selbst ihr Grab gegraben und unser Volk nur immer tiefer in Morast und Elend gebracht. Die vielen Skandale und Korruptionsfälle, die überall bei den Nutznießern der Novemberrevolution in allen Gegenden Deutschlands aufkamen, haben es den Nationalsozialisten mit ihrer Forderung nach persönlicher Sauberkeit und ihrem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" leicht gemacht, den Gegner zu stürzen. Nun hat Adolf Hitler die Macht; werden die Nationalsozialisten zu ihren früheren Forderungen stehen oder werden auch sie zuerst an sich und ihre Parteiinteressen denken?

Das Volk will jetzt nach den Versprechungen Taten sehen. Eine einzige Tat wiegt mehr auf als Hunderte von Reden und Erlassen. — In diesen Tagen tritt der Reichstag zusammen, er soll nur kurz tagen. Aber dieser Reichstag sollte nicht auseinandergehen, ohne durch die Tat bewiesen zu haben, daß jetzt ein neuer Geist herrscht. Deutschland ist verschuldet, das Volk verelendet, die Steuerlast ungeheuer groß, da sollte der deutsche Reichstag sofort und zu allererst mit dem gutem Beispiel vorangehen und Sparmaßnahmen ergreifen, indem er bei sich beginnt. Es betrifft nämlich die Besoldung der Reichstagsabgeordneten. Jeder Reichstagsabgeordnete erhält jeden Monat, ganz gleich, ob eine Sitzung des Reichstages stattfindet oder nicht, ein festes Monatsgehalt von etwa 600 Mark, das macht bei den 647 Abgeordneten pro Jahr mehrere Millionen Mark aus. Diese Millionen werden durch die Steuergroschen der Bevölkerung aufgebracht, während ja der Reichstag die meiste Zeit nicht tagt. Nun haben bisher die Nationalsozialisten immer eine Herabsetzung dieser Gebühren gefordert, auch die Deutschnationalen hatten diesen Antrag unterstützt, aber derselbe war an dem Widerstand der Mehrheit der anderen Parteien gescheitert. Waren diese Anträge der Nationalsozialisten nur bloße Agitationsanträge? Wir glauben nicht, daß der Führer Adolf Hitler das zugelassen, daß Männer wie Hermann Göring und Dr. Frick nicht voll und ganz zu diesen Anträgen standen. Darum erwarten wir von den Nationalsozialisten, daß sie sofort bei Beginn des neuen Reichstages ihre alten Anträge wieder einbringen. Eine Entschädigung sollte gewährt werden, dagegen hat niemand etwas; aber es sollten wieder Tagegelder gezahlt werden, und zwar nur für Tage, wo wirklich Sitzungen im Reichstag oder in den Ausschüssen stattfinden. Der Reichstag sollte ein Vorbild sein für das ganze Reich. Das Tagegeld sollte nicht über 10 Mark betragen, so daß wohl die Auslagen gedeckt werden, aber nicht aus dem Amt, welches das Volk in der Wahl einem Abgeordneten übertragen hat, noch ein gutes Geschäft gemacht wird und die Gewinnsucht den Gemeinnutz zuschanden macht. Auf diese Weise können einige Millionen von Steuergroschen erspart werden. Wie haben gerade die nationalen Parteien mit Recht auf die Vergeudung von 2 Millionen Mark Steuergelder für die Wahlpropaganda des alten Systems hingewiesen. Nun sollte es ihre Pflicht sein, ihre früheren Worte bezüglich der Diäten der Reichstagsabgeordneten in die Tat umzusetzen.

Im Verhältnis zu den vielen Millionen von Ausgaben des Reiches mögen ja die Millionen für die Reichstagsabgeordneten verschwinden; allein uns kommt es gar nicht in erster Linie auf diese Summe an, sondern darauf, daß das deutsche Volk erkennen kann, ob die neuen Männer, denen es sein Vertrauen geschenkt, ihr Wort halten und einlösen, oder ob es hier auch so geht, wie früher bei den anderen. Bleiben die Nationalsozialisten bei ihren alten Anträgen, dann wird das Vertrauen zu Adolf Hitler überall aufs neue gestärkt, versagen sie aber gleich bei der ersten Tagung, dann kann man ihnen auch in den andern Punkten nicht mehr restlos trauen. In dieser Frage der Ersparung von Steuergeldern durch den Reichstag selbst sollten alle Parteien, wenn sie wirklich Volksvertreter sein wollen, einig sein. H. Sch.

Sicherung des Haushalts

Notverordnung über Finanzen, Wirtschaft und Rechtspflege.

Berlin, 20. März.

Der Reichspräsident hat eine neue Notverordnung erlassen, die wichtige Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzen, Wirtschaft und Rechtspflege enthält. Die Notverordnung enthält u. a. Bestimmungen über die Verlängerung des Besoldungsgesetzes, Maßnahmen auf dem Gebiete der Zollverwaltung, der Steuerverwaltung, der Arbeitslosenhilfe und des Münzgesetzes, die Ergänzung einiger Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Zwangsversteigerungsgesetzes, Zuziehung von Hilfsrichtern zum Reichsgericht, Aenderung der Rechtsanwaltordnung und die Verlängerung des Pächterkreditgesetzes. Weitere Bestimmungen befassen sich mit den sogenannten Ausgleichskassen, mit der Stützung mittelständischer Kreditinstitute, mit der Zulassung der Wertpapiere der Deutschen Reichsbahn zum Börsenverkehr und mit Enteignung auf dem Gebiete des Städtebaues und des Baues von Wasserstraßen.

Im Kapitel 1 wird das Besoldungsgesetz behandelt. Die Bestimmung des Besoldungsgesetzes, daß von je drei freiwerdenden Planstellen der Besoldungsordnung A eine Planstelle wegzufallen hat, wird bis zum 31. März 1936 in ihrer Gültigkeit verlängert, da unter den obwaltenden Verhältnissen auf die Beibehaltung der an sich mit dem 31. März dieses Jahres ablaufenden Bestimmung nicht verzichtet werden kann. — Ferner werden die Gehaltskürzungen, die bis zum 31. Januar 1934 befristet waren, zur Erzielung einer einheitlichen Veranschlagung, der Besoldungsmittel für das Rechnungsjahr 1933 bis zum 31. März 1934 verlängert.

Auf dem Gebiet der Zollverwaltung enthält die Notverordnung in den Kapiteln III und IV einige weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des immer noch äußerst starken Schmuggels, ferner Vorschriften zur Aenderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol, die auf die Erhöhung der Zwangsbeimischung von Spiritus zu Treibstoffen zurückgehen, sowie einige Vorschriften zur Aenderung des Salzsteuergesetzes.

In den Kapiteln V und VI werden Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuerverwaltung getroffen. Da die Lage der Reichsfinanzen einen Verzicht auf die besonderen Einkommensbelastungen nicht gestattet, bleiben die Zuschläge sowie die Abgaben zur Arbeitslosenhilfe, die auch bis zum Ende des Rechnungsjahres 1933 weiter gelten soll und der Zuschlag der Aufsichtsratsmitglieder bestehen. Die bisherige Regelung der Erhebung der Vermögenssteuer wird auch auf das Rechnungsjahr 1933 ausgedehnt.

Realsteuersperre gelockert

Die Realsteuersperre wird auch für das Rechnungsjahr 1933 aufrechterhalten, da eine allgemeine Erhöhung der Realsteuern für die Wirtschaft unerträglich sein würde. In gewissem Umfang soll aber die Realsteuersperre gelockert werden. Insbesondere soll dies der Fall sein, wenn die bestehenden Steuern außergewöhnlich niedrig sind.

Auf dem Gebiet der Filialsteuer wird in Ländern, in denen eine Warenhaussteuer besteht, die Landesregierung ermächtigt, die Steuersätze der Warenhaussteuer bis höchstens auf das doppelte der bisherigen Steuersätze zu erhöhen und den Kreis der der Warenhaussteuer unterliegenden Betriebe zu erweitern.

Steuervereinfachungen.

In gewissen Punkten sind Vereinfachungen im Steuerverfahren erlassen worden. In den Steuerausschüssen, die bei den Finanzämtern bestehen, und denen auch Vertreter von Gemeinden mit mindestens dreihundert Einwohnern angehören, sollen künftig nur Vertreter solcher Gemeinden vertreten sein, deren Einwohnerzahl mindestens zweitausend beträgt.

Die kleineren Gemeinden können entweder durch eine Nachbargemeinde mitvertreten werden oder sie sollen zu Verbänden bis zu zweitausend Einwohnern zusammengefaßt werden.

Wichtig ist die Bestimmung, daß zur Verringerung der Belastung des Reichsfinanzhofes die Revisionsgrenze von zweihundert Reichsmark auf fünfhundert Reichsmark heraufgesetzt wird.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe wird bestimmt, daß die Wohlfahrtshilfeverordnung auf das Rechnungsjahr 1933 ausgedehnt wird.

Silbergeld wird umgeprägt

Wichtige Bestimmungen enthält die Verordnung über Aenderungen des Münzgesetzes. Die Eine-Reichsmark-Stücke sollen künftig aus Nickel geprägt werden. Ferner sind die Fünfreichsmarkstücke in einer kleineren Form neu auszuprägen unter Erhöhung der jetzigen Legierung von 500/000 auf 900/000 Feinsilber, so daß die neuen Fünfreichsmarkstücke den gleichen Silberinhalt haben werden wie bisher. Die Zweireichsmarkstücke werden ebenfalls in einer anderen Form mit einer höheren Legierung neu geprägt. Die Dreireichsmarkstücke werden eingezogen und außer Kurs gesetzt.

Das Gesetz über die Zuziehung von Hilfsrichtern zum Reichsgericht, das bis zum ersten April dieses Jahres befristet war, wird verlängert. Die Rechtsanwaltsordnung wird dahin ergänzt, daß es nunmehr in den Fällen, in denen bei einem Beamten die Suspension vom Amt erfolgen würde, vom Ehrengericht ein Vertretungsverbot verhängt werden kann.

Stützung gewerblicher Kreditinstitute

Die Verordnung verlängert weiter die Geltungsdauer des Pächterkreditgesetzes um zehn Jahre. Unter Zurückstellung ihrer grundsätzlichen Bedenken gegen jede Subventionspolitik hat sich die Reichsregierung entschlossen, dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, letzmalig weitere dreißig Millionen Reichsmark zur Stützung gewerblicher Kreditgenossenschaften bereitzustellen. In diese Hilfsaktion sollen auch im gewissen Umfang die sogenannten Mittelstandsaktienbanken einbezogen werden.

Konflikt London—Moskau

Englische Empörung über die Verhaftung britischer Ingenieure in Rußland.

London, 20. März.

Zwischen England und Sowjetrußland hat sich wegen der Verhaftung der sechs Ingenieure von der Firma Metro-Vickers ein schwerer Konflikt ergeben. Die Sowjetregierung behauptet, daß die Verhafteten sich der Sabotage schuldig gemacht haben und sich demnächst vor dem Gericht verantworten müssen. Auf Veranlassung des Londoner Kabinetts ist der englische Botschafter in Moskau bei dem russischen Außenkommissar vorstellig geworden und hat gefordert, daß die Verhafteten sofort freigelassen werden. Litwinow hat dieses Verlangen schroff zurückgewiesen und als undiskutabel bezeichnet. Keinerlei Drohungen und keinerlei Druck könne die Sowjetregierung veranlassen, eine Aussetzung der Gesetze gegenüber den britischen Bürgern zuzulassen.

Gottgewirktes Heldentum.

Erlebtes erzählt von Wilhelm Ley.

In einer nahen Stadt sollte ich vor Arbeitslosen reden. Liebe Christenmenschen hatten darauf gesonnen, freudlosen Menschen, denen der Tag zu lang wurde und für die das Leben jeglichen Sinn verloren hatte, zu erfreuen. Die Tische waren gedeckt, und außer den Gaben, die für des Leibes Notdurft bestimmt waren, erfreuten sich Auge und Gemüt an blühenden Blumen.

Mir aber war der schwere Auftrag geworden, den Aermsten der Armen etwas von Gott zu sagen. Nein, so sagte ich mir, nicht „etwas", sondern das Ganze, worauf es ankommt. Ein „etwas" würde nur Dekorum bedeuten, frommer Firnis oben über eine christliche Veranstaltung gestrichen.

Und ich hatte mein Bestes getan, um in guter und gründlicher Vorbereitung das Ganze, das Eigentliche aus Gottes Wort zu finden. Also eine wohlvorbereitete Rede konnte ich vom Stapel lassen; und ein wenig Herzton der Liebe und des Mit-Leidens wollte ich wohl hindurchklingen lassen. Aber es war mir ein Anliegen, daß Gott reden sollte . . .

Es war zu Beginn des „Abends für Arbeitslose" als ich meinen Blick über die schweifen ließ, die gekommen waren. Welche eigenartigen Gestalten erreichte mein Auge! Hohläugige Hungertypen; verstörte Gesichter, denen man die dumpfe und stumpfe Verzweiflung deutlich ablesen konnte; höhnende Frechheit, die auch diesen Humbug eines Arrangements derer, die noch begütert sind, in Kauf nehmen wollten: all diese deutlich redende Stummheit des Antlitzes studierte ich in forschender Umschau. — Und jene stellenlosen Kaufleute dort, die noch Haltung zeigten und die noch einen Stehkragen trugen, der — obgleich er schmutzig und brüchig war — doch an den „Stand" erinnern sollte, die taten es mir sonderlich an.

Es hieß plötzlich in mir: Du — du, der du noch in geordneten Verhältnissen lebst — du kannst und sollst nicht reden. Du, der du dich in der Unvollkommenheit dennoch bemüht hast, ehrlich zu sein, du sollst es ihnen sagen, daß du nicht reden kannst. Denn wahrlich: Dir fehlt die Möglichkeit des Verstehens. Und du hast nicht die Vollmacht, im Namen Gottes zu sprechen.

Und eine Not hub an . . . Ich mußte hinaus aus dem Saal, fort von den fragenden Augen — und in die Stille vor Gott. Er aber, der heißes Seufzen erhört, gab mir den Auftrag, daß ein anderer für mich reden sollte, einer, der den Sinn des Leidens erfaßt hatte, einer, der im gottgewirkten Heldentum so vielen gepredigt und so vielen ein gottgewirktes Heldentum vermittelt hat.

Und so habe ich die Geschichte eines Leidenden erzählt.

*

Er wohnte in meiner schönen, einsamen, lieben Heimat, weit weg von dem Surren und Hasten der Zeit, in stillen Bergen. Und wenn ich — vor einigen Jahren war es noch möglich — meinen alten hochbetagten Vater besuchte, der ein rüstiger Bauersmann und einer jener „Pilger nach der oberen Stadt" war, der auf der Wanderung still und stark geworden war, dann sagte er sicherlich an einem Tage: „Junge, jetzt gehen wir zum lahmen Karl!"

Daß er eine „Kleinigkeit" mitnahm, darüber wurde nicht geredet, daß sie im Auftrag dessen, der einmal eins seiner Kinder durch Raben ernähren ließ, eingepackt wurde, das wurde der Selbstverständlichkeit wegen auch nicht besprochen.

Wenn dann mein Vater, der damals fünfundachtzig Jahre alt war, mit kräftigem Schritt, wenn auch in dem langsamen Tempo, das ihm das Alter gebot, etwa eine Stunde mit mir über den nächsten Berg wanderte, dann erzählte er mir von den Segensspuren, die von einem eigenartigen Krankenbett aus in die Gegend hinein zu merken waren, und zwar bei allen denen, die da guten Willens waren, ganz tief in letzte Ursachen hinein zu schauen .— —

Im sauberen Bett und im bäuerlich behaglichen Stübchen lag der Kranke, der damals wohl Mitte Vierzig alt sein mochte. Daß ich die äußeren Verhältnisse kurz berühre, geschieht absichtlich jetzt, weil ich mich damit fertig machen möchte. Es gehört aber als Andeutung hierher, weil es den lebendigen Gott einbezieht, auch in diese Angelegenheit. Einkommen war keins da, und das Vermögen, das klein war, war nur von Bedeutung insofern als die Wohnung, weil sie ein ererbtes kleines Eigentum war, keine Miete verlangte.

Aber die zwei — der Kranke und seine tapfere Frau — aßen sich satt und hatten alles, was sie brauchten. Dafür sorgte der himmlische Vater — durch Menschen, die seine Befehle verstanden.

Der Kranke war gelähmt. Jeder motorische Nerv war außer Funktion gesetzt, außer denen des Kopfes. Ihn konnte er bewegen, die Zunge sprach, die Augen leuchteten; eine gesunde Röte der Wangen verriet, daß der Leidende — wie unsere Nachbarn zu sagen pflegten — „von Herzen sehr gesund war". Nun fielen mir seine Augen auf, diese glückstrahlenden Augen. Nie vorher und nachher sah ich solche Augen wieder. Es war der Blick eines Siegers; es war das Leuchten, das einen tiefen, inneren Frieden verriet.

Was hatte der kranke Karl denn überwunden? Worüber hatte er gesiegt? Er war damit fertig geworden, daß ein rüstig Schaffender nach und nach vollständig lahm geworden war, so lahm, daß er nicht einmal sitzen konnte. Man hatte immer wieder versucht, ihn in einen passenden Stuhl zu setzen; aber dann sackte er zusammen wie „ein nasser Sack"! Er hatte es überstanden, all die quälenden Jahre, da eine Kapazität nach der andern ihm Hoffnung auf Besserung machte, bis zuletzt ein Professor es ihm gerade heraus sagte, es wäre eine erbsengroße Verwachsung im Rückenmark, die nicht beseitigt werden könnte. Diesen langsamen Todesweg, für einen, der arbeiten mochte und nicht konnte, den hatte er als Sieger vollendet. Das alles könnte stolzes, tapferes Heldentum sein, das aber letztlich durch die Resignation bestimmt wird.

Schluß folgt.

Vor dem Staatsakt in Potsdam

Das Programm für die Feierlichkeiten — Die Veranstaltung im Rundfunk

Aufruf an das Volk!

Berlin, 20. März.

Anläßlich der feierlichen Eröffnung des neuen Reichstags hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, folgende Kundgebung erlassen:

Am Dienstag, den 21. März 1933, tritt auf dem geheiligten Boden von Potsdam der vom deutschen Volke gewählte neue Reichstag zum ersten Male zusammen.

Die Abgeordneten versammeln sich in der Garnisonkirche, um an der geschichtlich geweihten Ruhestätte unserer großen preußischen Könige Bekenntnis für die Einheit und für die Freiheit des deutschen Volkes und Reiches abzulegen. Potsdam ist die Stadt, in der das unsterbliche Preußentum die Grundlage zu der späteren Größe der deutschen Nation gelegt hat.

Die innere Zerrissenheit, unter der das deutsche Volk von den Anfängen seiner Geschichte an Jahrhunderte hindurch leiden mußte, soll von nun ab endgültig beendet sein. Zum ersten Male seit Menschengedenken ist der deutsche Widerstandswille siegreich durch alle innerpolitischen Gegensätze durchgebrochen, und über Klassenunterschiede und konfessionellen Zwiespalt hinweg haben sich alle Stämme, Stände und Bekenntnisse in den vielen Millionen Menschen, die hinter der Regierung der nationalen Revolution stehen, die Hand gereicht. Deutschland ist erwacht!

Männer und Frauen! Zeigt Eure Freude und innere Ergriffenheit über das große historische Geschehen, das sich in diesen Wochen in Deutschland abspielt, indem Ihr an den nationalen Feiern, die aus Anlaß des Zusammentritts des Reichstags in Potsdam, in Berlin und im ganzen Reich stattfinden, tätigen Anteil nehmt!

Beflaggt Eure Häuser und Wohnungen in den stolzen schwarz-weiß-roten und Hakenkreuzfahnen und legt damit Bekenntnis für die Wiedergeburt der deutschen Nation ab!

Am Abend des historischen 21. März sollen sich durch alle Städte und Dörfer des ganzen Reiches Fackelzüge der nationalen Parteien und Verbände, der Studentenschaft und der Schuljugend bewegen! Auf unseren deutschen Bergen und Höhen sollen die Freiheitsfeuer aufflammen! Selbst diejenigen, die durch Alter oder Gebrechlichkeit verhindert sind, an diesen Feiern teilzunehmen, haben Gelegenheit, ihren Ablauf in Potsdam und Berlin durch den Rundfunk mitzuerleben.

Der kommende Dienstag soll vor aller Welt zeigen, daß das deutsche Volk, einig in seinen Ständen und Stämmen, aus Schmach und Demütigung neuerstanden ist und sich nach Jahren unendlicher Trübsal wieder mit Stolz zu dem Dichterwort bekennt:

„Nimmer wird das Reich zerstöret,
Wenn Ihr einig seid und treu."

*

Verfügung an die Wehrmacht

Flaggenhissung bei Heer und Marine. — Feldgottesdienst. — Salut von 21 Schuß.

Reichswehrminister von Blomberg hat für die Feierlichkeit am 21. März folgende Anordnung für die deutsche Wehrmacht getroffen:

Anläßlich der Eröffnungssitzung des neugewählten Reichstages findet in Potsdam ein feierlicher Staatsakt statt.

Die Wehrmacht hat an diesem Tage dienstfrei. Sie feiert den Tag durch Feldgottesdienst mit anschließendem Appell und Ansprache der Standortältesten. Die Standortältesten haben einen Vorbeimarsch abzunehmen. Sämtliche Dienstgebäude der Wehrmacht setzen Flaggen. Die Schiffe der Reichsmarine setzen Toppflaggen. An Bord Gottesdienst; anschließend Musterung und Ansprache der Befehlshaber, Chefs bzw. Kommandanten.

Die militärischen Feiern am 21. März 1933 sind überall zeitlich so zu regeln, daß 12.45 Uhr das Deutschlandlied gesungen wird. Während des Liedes ist in den Artilleriestandorten ein Salut von 21 Schuß abzugeben. Küstensalutstationen und salutfähige Schiffe feuern den Landessalut mit 21 Schuß. Ferner sind von 18 bis 19 Uhr Platzkonzerte zu veranstalten.

*

Anordnung für die Behörden

Flaggenschmuck auf allen öffentlichen Gebäuden. — Sonntagsdienst bei den Reichsbehörden.

Der Reichsinnenminister Dr. Frick hat durch Hoheitsanordnung die Beflaggung für sämtliche Reichsbehörden und Reichsstellen mit schwarz-weiß-roten und Hakenkreuzflaggen angeordnet. **Gleichzeitig hat er die Landesregierungen gebeten, sich dem Vorgehen der Reichsregierung anzuschließen,** also für die Dienstgebäude der Landes- und Kommunalbehörden ebenfalls Beflaggung anzuordnen.

Am 21. März halten sämtliche Reichsbehörden Sonntagsdienst. Für den Grenzaufsichts- und Zollabfertigungsdienst und den Betriebsdienst der Reichsverwaltung kann von den Verwaltungschefs eine durch die Natur der Sache gebotene Sonderregelung getroffen werden. In diesem Falle ist den Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Teilnahme an Feiern oder Gottesdiensten die erforderliche Zeit freizugeben, soweit die dienstlichen Verhältnisse es irgend gestatten. Lohnabzug oder Lohnkürzung werden nicht vorgenommen.

*

Unterrichtsausfall am Dienstag

Aus Anlaß des Zusammentritts des ersten in neuem Geiste gewählten Deutschen Reichstags am 21. März in Potsdam bitte ich die Unterrichtsverwaltungen, für diesen Tag Unterrichtsausfall anzuordnen.

*

An die Schulen in Preußen

Der Kommissar des Reiches für das preußische Unterrichtsministerium, Rust, hat daraufhin folgende Verfügung an die Schulen in Preußen erlassen:

Am Dienstag, den 21. März 1933, tritt zum ersten Male seit dem 9. November 1918 wieder ein Deutscher Reichstag zusammen. Nach dem Zwischenspiel im Weimarer Theater wird der neue Abschnitt deutscher Geschichte eingeleitet durch einen Festakt der deutschen Abgeordneten in der Garnisonkirche zu Potsdam. Am Grabe Friedrichs des Großen werden die Abgesandten des Deutschen Volkes geloben, sich für ein neues Preußen und Deutschland einzusetzen.

Zur Feier dieses Tages fällt der Unterricht an allen preußischen Schulen und Hochschulen aus. Um 11.45 Uhr versammeln sich die Schüler zu einer Feier, in der die Schulleiter auf die Bedeutung dieses Tages des erwachenden Deutschland hinweisen. Um 12 Uhr hören sie durch Rundfunk die Ansprachen des Reichspräsidenten von Hindenburg und Reichskanzler Hitler in der Garnisonkirche zu Potsdam.

Schulen, in denen die Möglichkeit der Rundfunkübertragung noch nicht besteht, haben die Möglichkeit der Rundfunkübertragung für diese beiden Reden bis zum Dienstag zu schaffen. Die Schulfeiern müssen so ausgestaltet sein, daß allen Schülern bewußt wird, daß sie hier den Beginn einer neuen Epoche deutscher Geschichte unter dem Zeichen des völkischen Staatsgedankens miterleben.

*

Der Festablauf am 21. März

6.30—7.30 Uhr: Platzkonzert im Lustgarten in Potsdam, ausgeführt von zwei Musikkorps des Infanterie-Regts. 9.

10.30 Uhr: Gottesdienst für Mitglieder des Reichstags und der Reichsregierung, für Protestanten in der Nicolaikirche, für Katholiken in der Kath. Pfarrkirche. Schluß des Gottesdienstes gegen 11.20 Uhr. **An dem Gottesdienst in der Nicolaikirche nimmt der Herr Reichspräsident teil. Nach Beendigung des Gottesdienstes ziehen die Teilnehmer in geschlossenen Zügen unter dem Geläute aller Glocken Potsdams in die Garnisonkirche. Reichswehr und nationale Verbände bilden bis zur Garnisonkirche Spalier. Der Herr Reichspräsident fährt das Spalier ab. Vor der Garnisonkirche stehen eine Ehrenkompagnie der Reichswehr und Ehrengruppen der SA., des Stahlhelms und der Schutzpolizei, die der Herr Reichspräsident abschreitet.**

12 Uhr: Feierlicher Staatsakt in der Garnisonkirche. Der Herr Reichspräsident hält eine Begrüßungsansprache und erteilt darauf das Wort dem Herrn Reichskanzler zur Abgabe der Regierungserklärung. Der Staatsakt wird von Kirchenmusik feierlich umrahmt sein. Anschließend begibt sich der Herr Reichspräsident allein zur Gruft, wo er zwischen den Särgen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen einen Lorbeerkranz niederlegt. Während der Kranzniederlegung wird eine Reichswehrbatterie im Lustgarten Salut schießen.

Nach dem Staatsakt findet vor der Kirche ein Vorbeimarsch der gesamten Potsdamer Garnison und der Verbände vor dem Herrn Reichspräsidenten statt. An dem Vorbeimarsch nehmen teil: 3 Bataillone des 9. Infanterieregiments, die in Potsdam stehenden Teile des 4. Reiterregiments, die 4. Abteilung des 3. Artillerieregiments, die Nachrichtenabteilung 3. Es folgen dann die Salutbatterie und die nationalen Verbände. Während des Vorbeimarsches wird ein Flugzeuggeschwader über dem Potsdamer Lustgarten kreisen.

17 Uhr: Zusammentritt des Reichstages in der Krolloper in Berlin.

18—19 Uhr findet im Lustgarten in Potsdam ein Platzkonzert statt, das von zwei Musikkorps des Infanterieregiments 9 ausgeführt wird.

19 Uhr findet in der Staatsoper Unter den Linden in Berlin eine Festvorstellung statt. Es werden „Die Meistersinger" aufgeführt, deren 3. Akt die Reichsregierung beiwohnen wird.

20 Uhr findet in Berlin ein Fackelzug der SA., des Stahlhelms und der Studentenschaft statt.

Uebertragung der Feierlichkeiten auf alle deutschen Sender.

Der Rundfunkkommissar teilt mit: Anläßlich der feierlichen Eröffnung des Reichstages am Dienstag, den 21. März, werden die einzelnen Rundfunkgesellschaften das Tages-Programm von 6.30—8.15 Uhr mit örtlichen Platzkonzerten eröffnen. Im Anschluß daran übertragen alle deutschen Sender gemeinsam auf Veranlassung des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda folgendes Programm:

Vom Ostmarken-Rundfunk, Königsberg (Pr.).

9.00—9.30 Uhr: Historische Märsche, gespielt im Hof des Königsberger Schlosses vom Musikkorps des 1. Grenadier-Bataillons des 1. Preußischen Infanterie-Regiments, Leitung: Obermusikmeister H. Gareis. 1. Der Hohenfriedberger, Armeemarsch I. 2. I. Bataillon-Garde, Armeemarsch Nr. 7. 3. Drei Märsche von König Friedrich II., Nr. 174. 4. Regiment Bornstedt (1770). 5. Marsch des Preußischen Regiments Jungbornstedt (1792). 6. Schlesischer Kriegsmarsch (1810). 7. Yorckmarsch (1813).

Von der Funk-Stunde, Berlin.

9.35—10.00 Uhr: Hörbericht: „Aus der Geschichte der Stadt Potsdam", Berichterstatter: Hans Zappe und Hermann Proebst. 10.00—10.15 Uhr: Conrad Ferdinand Meyer, „Huttens letzte Tage", letztes Kapitel, Sprecher: Lothar Müthel. 10.15—10.30 Uhr: Bericht über die Feststimmung in Potsdam, Berichterstatter: Baldur von Schirach, Reichsführer der Hitlerjugend. 10.30 bis 11.30 Uhr: Musik um Friedrich den Großen, Mitwirkende: Käthe Heidersbach (Staatsoper) (Sopran), Paul Luter (Flöte), Max Strub (Staatsoper) (Violine), Eigel Kruttge (Cembalo), Leitung: Hans von Benda. 1. Adagio aus dem Konzert für Flöte und Streichorchester von Quanz. 2. Konzert für Violine und Streichorchester von Franz Benda. 3. a) Sinfonie (Ouvertüre) zu dem Schäferspiel „Il re pastore", b) Arie von „Il re pastore" von Friedrich dem Großen. 4. Grave für Violine und Streichorchester von Johann Benda. 5. Arie aus der Oper „Iphigenie" von Graun. 6. Konzert für Cembalo und Streichorchester von Philipp Emanuel Bach. 7. Konzert für Flöte und Streichorchester von Friedrich dem Großen. 11.30—13.00 Uhr: a) Hörbericht über den Zug zur Garnisonkirche und das Bild der Kirche, b) Uebertragung der Feierlichkeiten in der Garnisonkirche. Während der Kranzniederlegung des Herrn Reichspräsidenten am Grabe Friedrichs des Großen Erinnerungsworte eines Kriegsblinden. Salutschießen der Reichswehr, c) Hörbericht über den Vorbeimarsch der Garnison Potsdam und der nationalen Verbände vor dem Herrn Reichspräsidenten, Sprecher: Freiherr von Medem, Regierungsdaurat Dr. Berger-Schaefer. 13.05—14.25 Uhr: „Preußen und das Reich". 1. Jubel-Ouvertüre von C. M. von Weber. Konzert des Funkorchesters. Leitung: Maximilian Albrecht. 2. Ansprache. 3. Hörszenen aus „Der 18. Oktober" von Walter Erich Schäfer. 4. Musikalischer Ausklang.

Schacht über seine Aufgabe

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt am Sonnabend eine kurze programmatische Rundfunkansprache über die künftige Reichsbankpolitik. Eingangs betonte er, daß es nicht möglich sei, eine Notenbank zu leiten, ohne mit den politischen Grundsätzen der Regierung in Einklang zu sein. Willkürliche Beeinflussung von der Außenpolitik her habe den durch die falsche Auslandsanleihepolitik an sich schon geschwächten Wirtschaftskörper Deutschlands in solchem Maße ausgedörrt, daß die Rückwirkungen davon nicht nur im deutschen Volke selbst, sondern auch im internationalen Wirtschaftsleben schwer fühlbar geworden seien.

Als ich vor drei Jahren, so fuhr Dr. Schacht fort, aus der Reichsbank schied, stand die Bank mit rund 3,3 Milliarden eigenen Gold und Devisen da. Heute beträgt der eigene Besitz der Reichsbank an Gold und Devisen nur den neunten Teil davon. Der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt Mitte Mai 1931 war die bewußt herbeigeführte Folge einer gegen Deutschland gerichteten Politik. Ihr folgte in Deutschland die Kündigung nahezu aller kurzfristigen Auslandskredite seitens der ausländischen Geldgeber.

Von jenem Ereignis bis heute hat die deutsche Volkswirtschaft rund zehn Milliarden Reichsmark an das Ausland zurückgezahlt. Das ist ein Aderlaß von so unerhörtem Ausmaß, daß er auch auf eine weniger verarmte Volkswirtschaft, als es die deutsche nach dem Kriege ist, verheerende Folgen ausüben mußte. Solche Riesenzahlen haben uns dennoch nicht vor einer zwangsweisen Regelung unseres Zahlungsverkehrs mit dem Auslande bewahren können. Diesem Kontrollzwang allein verdanken wir es, daß die Wertbeständigkeit der Mark aufrechterhalten worden ist.

Die Entziehung von zehn Milliarden Mark in einem Zeitraum von weniger als zwei Jahren hat den Schrumpfungsprozeß der deutschen Wirtschaft erheblich verschärft. Die Aufgaben für eine nationale Notenbankpolitik ergeben sich daraus von selbst. Wir werden jeden möglichen Weg beschreiten müssen, um die Reichsbank wieder mit Gold und Devisen anzureichern. Solange die internationale Welt fortfährt, sich unseren Waren zu versperren, werden wir eine starke eigene Initiative für die Erreichung dieses Zieles nicht entbehren können.

Dabei darf das Ausland versichert sein, daß wir unsere kommerziellen Schuldverpflichtungen in vollem Umfange anerkennen. Ich hoffe aber, daß die übrige Welt gemeinsam mit uns den internationalen Zahlungsverkehr wieder in Gang bringen wird, ohne den auch der Warenverkehr nicht wieder in Gang kommen kann.

Solange indessen die Neigung, unsere Warenexporte aufzunehmen, in der Welt so gering ist wie jetzt, oder sogar sich noch verringert, werden wir nicht umhin können, der Pflege des inländischen Marktes eine weit stärkere Beachtung zu schenken als bisher. Wo immer sich produktive Möglichkeiten in Deutschland ergeben, sei es in der Landwirtschaft, sei es im Gewerbe, wird die Reichsbank Hilfsstellung geben. Gerade der Initiative und Verantwortung des einzelnen kleinen Geschäftsmannes, Fabrikanten, Landwirtes und Unternehmers wird jedes mögliche Entgegenkommen gezeigt werden müssen.

Die künftige Währungspolitik wird ihrer Aufgabe, die Wertbeständigkeit der Mark zu erhalten, unverändert treu bleiben. Aber sie wird mit größtem Nachdruck darauf ausgehen, diese Wertbeständigkeit wieder organisch in einer kraftvollen Wirtschaft zu verankern.

Die gleiche Willensrichtung von Reichsregierung und Reichsbank wird ein einheitliches Zusammenarbeiten im gesamten Finanz-, Bank- und Kreditwesen sowohl bei den staatlichen wie gegenüber den privaten Stellen gewährleisten. Große Arbeit steht hier bevor. An diese Arbeit wollen wir jetzt herangehen zum Wohle unseres arbeitenden und arbeitswilligen Volkes.

Luther Botschafter in USA.

Berlin, 20. März.

Der bisherige Reichsbankpräsident Dr. Luther ist nach seinem Rücktritt von der Reichsregierung zur Besetzung eines führenden diplomatischen Postens ausersehen worden. Dr. Luther wird, als Nachfolger des Botschafters von Prittwitz und Gaffron, als deutscher Botschafter nach Washington gehen. Die amerikanische Regierung hat bereits ihr Einverständnis mit der Ernennung Dr. Luthers erklärt.

Die Ernennung Dr. Luthers zum Botschafter hat überall einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Der Name Dr. Luthers ist in ganz Amerika gut bekannt und seine offene und energische, dabei aber versöhnliche Art im internationalen Verkehr ist sowohl im Staatsdepartement als auch in der Washingtoner Presse rühmend hervorgehoben worden. **Angesichts der Nervosität, die hier über die gespannte außenpolitische Lage Europas herrscht, hat die Berufung des Unterzeichners des Locarno-Paktes an einen wichtigen Posten in den Vereinigten Staaten eine besondere Beruhigung hervorgerufen.**

Krankenkassen-Neuordnung

Berlin, 20. März.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die vom Reichskabinett beschlossene 1. Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung. Die Verordnung befaßt sich mit der Aufsicht über die Krankenkassen, ihre Verbände und Vereinigungen und führt eine Stellensperre bei Krankenkassen ein.

Die Oberversicherungsämter werden ermächtigt, den Versicherungsämtern Weisungen für die Aufsichtsführung zu erteilen. Der Reichsarbeitsminister kann selbst in die Aufsicht eingreifen, in dem er im Einzelfalle Fachbeamte als Kommissare bestellt und sie nötigenfalls ermächtigt, die Aufgaben der Organe zu übernehmen. Die von den großen Kassenvereinigungen eingerichteten Prüfungsstellen werden der Aufsicht der Oberversicherungsämter unterstellt.

Die Verordnung ermächtigt ferner den Reichsarbeitsminister, die Aufsicht über die Spitzenverbände und ihre Eigenbetriebe selbst zu übernehmen. Bis auf weiteres dürfen die leitenden und sonstigen gehobenen Stellen bei den Krankenkassen und ihren Verbänden nicht neubesetzt oder ihre Inhaber hinsichtlich der Besoldung oder der Dauer der Anstellung günstiger gestellt werden.

Macdonald in Rom

Die Besprechungen mit Mussolini.

Rom, 20. März.

Die englischen Minister Macdonald und Sir John Simon wurden bei ihrer Ankunft auf dem Flugplatz in Ostia herzlich begrüßt. Bald nach der Ankunft der Engländer fand im Palazzo Venezia, dem Sitz des italienischen Regierungschefs, die erste Besprechung statt. Bei einem Gegenbesuch Mussolinis in der englischen Botschaft, wo Macdonald und Simon abgestiegen waren, wurden die Beratungen fortgesetzt. Eine dritte Unterredung fand im Anschluß an das zu Ehren der englischen Gäste im Palazzo Venezia veranstalteten Diners statt. Am Sonntagmittag wurden die englischen Minister von dem König empfangen, und am Abend trafen sich die Regierungschefs wieder bei einem offiziellen Diner in der englischen Botschaft. Montagvormittag wird der Papst die englischen Minister in Sonderaudienz empfangen. Gegen Mittag wollen die Minister die Rückreise antreten.

*

Vier-Mächte-Konferenz in Rom bevorstehend?

— Paris, 19. März. Auf Grund einer telephonischen Unterhaltung mit dem französischen Botschafter in Rom, de Jouvenel, hat sich Außenminister Paul-Boncour am Sonntag morgen zum Ministerpräsidenten begeben. Ueber den Inhalt der telephonischen Mitteilungen ist amtlich noch nichts bekannt gegeben worden, doch behauptet „Paris Soir" zu wissen, daß es sich um eine Einladung MacDonalds und Mussolinis handele, an den gegenwärtigen Besprechungen in Rom teilzunehmen. Gleichzeitig soll auch Deutschland aufgefordert werden, seinen Außenminister nach Rom zu entsenden, so daß die von MacDonald ins Auge gefaßte Konferenz der vier Großmächte sofort im Anschluß an die römischen Besprechungen stattfinden könnte.

Selbstauflösung der Eisernen Front.

— Berlin, 19. März. Wie der „Montag Morgen" meldet, wird sich die Eiserne Front, die aus dem Reichsbanner, den Hammerschaften, den Gewerkschaften und den Arbeitersportorganisationen besteht, noch in dieser Woche selbst auflösen. Die Beratungen über die Auflösung haben bereits in der vergangenen Woche in Hamburg begonnen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß in zahlreichen Gebieten des Reiches die Auflösung der Eisernen Front durch die Behörden angeordnet ist, und daß deshalb die Selbstauflösung als zweckmäßig anzusehen sei. Besonderen Wert auf die Auflösung legten die Gewerkschaftskreise, die der Auffassung seien, daß für die Eiserne Front zur Zeit keine Aufgaben mehr vorlägen.

Die Frage, ob auch das Reichsbanner die Selbstauflösung beschließen werde, ist nach dem genannten Blatt noch nicht gelöst.

Drei Opfer eines Feuerüberfalls

Berlin, 20. März.

Im Osten Berlins wurden zwei SA.-Leute und ein Parteiloser aus einem Hausflur heraus von unbekannten Tätern beschossen und schwer verletzt. Eine Untersuchung des Hauses, aus dem die Schüsse gefallen waren, war erfolglos

*

Ein zweites Todesopfer der Freiburger Bluttat.

— Freiburg, 19. März. Am Sonntag nachmittag ist in der Freiburger Klinik Kriminalsekretär Weber, der am Donnerstag durch den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Nußbaum niedergeschossen worden war, seinen Verletzungen erlegen. Die Bluttat Nußbaums hat damit ein zweites Todesopfer gefordert.

Aerzte-Kündigungen in Krankenhäusern

Berlin, 18. März.

Der Staatskommissar für Berlin plant eine grundlegende Umgestaltung der Aerztekollegien der städtischen Krankenhäuser. Nach Angabe der kommissarischen Bürgermeister sind an den meisten städtischen Krankenhäusern 80 bis 90 Prozent, teilweise sogar 100 Prozent jüdische Kommunisten und Sozialdemokraten als Aerzte tätig. Die Verträge aller dieser Aerzte werden zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden.

*

Berliner Strafgerichte ohne jüdische Richter.

— Berlin, 19. März. Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden jetzt beim Amtsgericht Berlin-Mitte alle jüdischen Richter aus den Verwaltungsstellen zurückgezogen. Ebenfalls werden alle jüdischen Richter mit Beginn des neuen Geschäftsjahres am 1. April 1933 aus den Strafabteilungen im Kriminalgericht, im Schnellgericht und im Jugendgericht herausgezogen. Beim Landgericht I sind die gleichen Maßnahmen in die Wege geleitet, um am 1. April die Besetzung der Strafkammern mit den Erfordernissen der nationalen Bewegung in Einklang zu setzen.

Beginn der Börsenreform

Berlin, 18. März.

Auf Anordnung des Reichskommissars für das preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Hugenberg, hat bis zum 29. April eine Neuwahl des Berliner Börsenvorstandes stattzufinden. Die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder wird von 72 auf 43 herabgesetzt. Die sechs landwirtschaftlichen Vertreter in der Produktenbörse werden in der Zukunft nicht mehr von den Börsenbesuchern, sondern von der Hauptlandwirtschaftskammer selbst ausgewählt, und zwar sind die landwirtschaftlichen Vertreter in Zunkunft vollberechtigte Mitglieder des Börsenvorstandes.

Um den Einfluß der Regierung auf die Zusammensetzung des Börsenvorstandes sicherzustellen, bedürfen die Wahlen zum Börsenvorstand der Bestätigung der bekanntlich dem Ministerium unterstehenden Industrie- und Handelskammer, die ohne Angabe von Gründen versagt und zurückgenommen werden kann. In Zukunft sollen auch die Sparer, die an der Entwicklung des Marktes der festverzinslichen Werte lebhaft interessiert sind, im Börsenvorstand vertreten sein. Anträgen des Staatskommissars auf das Ruhen des Rechts zum Börsenbesuch muß sofort entsprochen werden. Auf diese Weise sollen ungeeignete Elemente von der Betätigung an der Börse ferngehalten werden. Ausländer bedürfen zum Börsebesuch der Genehmigung des Ministers.

Mitteilung!

Wegen der seinerzeit in den Beilagen des „Aufwärts" erschienen Artikel von Helene Düvert „Die Frau von heute, ihr Weg und Ziel" ist vielfach angefragt worden, ob diese Artikel nicht in Heftform herausgegeben werden könnten. Es ist das auch hier überlegt worden. Da aber Fräulein Düvert die Arbeit gern in einer noch etwas erweiterten Form herausbringen wollte, ist die Sache nun soweit gediehen, daß der Verlag Koetzle, Wernigerode, den Verlag dieser Schrift übernommen hat. In einigen Monaten wird also diese Schrift zu haben sein, die dann auch im „Aufwärts" angezeigt werden wird. Ueber den Preis können wir noch nichts mitteilen. Aber wer seinerzeit um die Nachlieferung der Nummer gebeten hat und dieselben nicht mehr bekam, kann die Bestellung der Schrift schon jetzt an die Buchhandlung der Anstalt Bethel richten.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bielefeld. Bielefelder Vortragsabende.** Die für Dienstag, den 21. März, angekündigte Disputation zwischen Oberingenieur Dr. Arnhold und Prof. Dr. Brauer kann leider in der vorgesehenen Form nicht stattfinden, weil eine Einigung über den Hauptinhalt des Zwiegesprächs nicht zustande gekommen ist. Da die Zeit zu weit vorgeschritten war, war es auch nicht möglich einen anderen Korreferenten zu finden. Aus dem Schriftwechsel war zu entnehmen, daß Dr. Arnhold sein Referat in der Hauptsache auf die Arbeit des Deutschen Institutes für Arbeitsschulung (Dinta) einstellen wollte. Abgesehen davon, daß über diese Fragen zwischen den Referenten keine Gegensätze bestehen, glaubten die Veranstalter der Vortragsabende, so interessant ein solcher Vortrag auch für beruflich inteessierte Kreise sein dürfte, im Interesse des überwiegenden Teiles der Zuhörer zu handeln, wenn dieses zeitgemäße Thema mehr von der allgemeinen technischen Seite her behandelt würde. — Der neue Termin wird noch bekangt gegeben.

Bethel.

— Die von Pastor Wilmanns konfirmierten Mädchen versammeln sich in seiner Wohnung (Saronweg 37) am Dienstag abend, dem 21. ds. Mts., um 8¼ Uhr, die konfirmierten Knaben am Mittwoch abend, den 22. ds. Mts., ebenfalls um 8¼ Uhr.

— **Kirchenchor.** Die Probe für Dienstag wird auf Mittwoch 8 Uhr verschoben. Sie findet im Jünglingssaal im Assapheum statt. Am Donnerstag 8,20 Uhr Probe in der Zionskirche.

Frauenhilfe. Mittwoch 3½ Uhr. Thema: Erziehung als Freude."

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Heute, Montag, 8¼ Uhr, bezw. 8¾ Uhr die Chöre in der Aufbauschule.

Dienstag keine Bibelstunde. Teilnahme am Passionsgottesdienst.

An alle Hausvorstände Bethels!

Der Wagen der Brockensammlung fährt am Mittwoch, den 22. dieses Monats, rund durch die Anstalt und holt Lumpen aus allen Anstaltshäusern ab. Wir bitten, auf das Rundschreiben der Wirtschaftsstelle vom 2. September v. J. Bezug zu nehmen. Brockensammlung der Anstalt Bethel.

Anzeigen aus Bethel.

— Wir bitten alle Hausvorstände, davon Kenntnis zu nehmen, daß Edelsoja-Mehl, mit dem vor einiger Zeit in der Bergküche Kochvorführungen gemacht wurden, eingetroffen ist, und wir diesbezügliche Bestellungen nunmehr erledigen können.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Frühjahrs-Kleiderstoffe

in Craquelé, Bouclé, Afghalaine, Krepp-Maroc, Woll-Georgette, Flamenga, Kunstseide in uni und bedruckt. **Mantelstoffe.**

Streifen und Schotten in großer Auswahl.

Heinr. Hirz
Bielefeld • Obernstr. 35

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des **„Aufwärts"**.

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Beerdigungs-Institut
H. Vormbrock
Bielefeld
Rohrteichstr. 5 Telefon 5344
Gegr. 1878
Aeltestes Geschäft am Platze.
übernimmt sämtl. Beerdigungs - Angelegenheiten. Ueberführung mittels Leichenautomobil. Erd- und Feuerbestattungen.

Th. Petzold's Tropfen
das alterprobte, viel tausendmal bewährte Mittel
bei Gicht, Rheumatismus und Ischias.
Originalpackung mit Bild. Preis 1,80 Mk.
Zu haben in den Apotheken.
Alleinhersteller: **Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg Gustav Vinnen, Bielefeld**

Wir suchen für unseren Bruder (Landwirtssohn) der im Mai 19 J. alt wird
Stelle
in einem landwirtschaftl. Betriebe bei Familienanschluß.
Geschw. Beinke, Bieren Nr. 24

Silberbesteck
100 Aflg. m. rostfr. Klingen, ungebraucht, schönes schweres Muster. Anschaffungspreis Mark 182.—. 72teilig f. Mk. 100 geg. bar abzugeben. Off. unter A 3182 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Junges Mädchen, 26 Jahre, sucht
Stellung
im größeren Anstaltshaus in Bethel oder Eckardtsheim. Angebote unter A 3178 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Eisu Betten Metall- u. Holz- Schlafsim. Stahlmatr.
Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Suche für meine 15jähr. Tochter Kameradin zur Miterlernung und gründlichen
Ausbildung in Weißnähen
sowie Einführung in den Haushalt. Lehrzeit 3 Jahre, kleine Zuzahlung. Reformküche. Bewerbungen mit Lebenslauf.
Anna Spandau, Premnitz (Westhavelland).

Bielefelder Vortragsabende
Der 5. Vortrag, Dienstag, den 21. März
„Mensch u. Maschine"
muß verlegt werden. Näheres im lokalen Teil.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.